

Stärkung des Hauses der europäischen Demokratie im Zuge des Wiederaufbaus

Wo wir heute stehen

1. Wir befinden uns in einer kritischen Phase unseres Kampfes gegen die anhaltende COVID-19-Pandemie, die eine beispiellose soziale, wirtschaftliche, ökologische und finanzielle Belastung für Europa und seine lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ist.
2. Als EVP-Familie fühlen wir uns einer Europäischen Union verpflichtet, die in unseren Dörfern, Städten und Regionen anfängt. Wir messen einer starken sozialen Marktwirtschaft, einer wettbewerbsfähigen ortsbezogenen Industriepolitik, Wohlergehen als prägendes Merkmal unserer europäischen Lebensweise und dem Aufbau von Partnerschaften mehrerer Ebenen bei den täglichen Entscheidungen, die die Europäerinnen und Europäer betreffen und die ganz wesentlich auf dem Subsidiaritätsprinzip beruhen, große Bedeutung bei.
3. **Nachdem nun die Notfallmaßnahmen und der Wechsel von Lockdown und Lockerungen in den Hintergrund treten und die Umstellung auf eine resiliente und grüne lokale Wirtschaft wieder verstärkt ins Blickfeld rückt, bekräftigen wir, dass die Bekämpfung der Pandemie und die wirtschaftliche Erholung nach der COVID-19-Krise Hand in Hand gehen.**

Wir sind in großer Sorge, dass die Folgen der Pandemie jahrzehntelange Fortschritte überall in Europa zunichte machen könnten. Als Politikerinnen und Politiker, die den Zusammenhalt als grundlegenden Wert hoch schätzen, halten wir dies für zutiefst besorgniserregend. Wir können jetzt nicht weitermachen wie bisher. Lassen Sie uns stattdessen gemeinsam neue Wege einschlagen.

Was wir wollen und wofür wir stehen

4. Wir bekräftigen, dass die Aufbau- und Resilienzfähigkeit, das wichtigste Instrument für den Wiederaufbau und Herzstück von NextGenerationEU, in sinnvoller Weise das Regieren auf mehreren Ebenen berücksichtigen und auf die Herausforderungen eingehen muss, die in den territorialen Folgenabschätzungen herausgearbeitet wurden.
5. **Wir fordern die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, der auf höchster politischer Ebene der Europäischen Kommission erfolgten Aufforderung nachzukommen, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften umfassend in die Ausarbeitung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne einzubinden und ihnen ganz explizit eine aktive Rolle im gesamten Verfahren zuzuweisen, angefangen bei der Ermittlung der Prioritäten über die Frage, ob die Zeitpläne realistisch sind, bis hin zur Validierung und endgültigen Vorlage.**

Wir weisen auf die Schwerpunktbereiche für Investitionen und Reformen hin, von denen viele in die Zuständigkeit der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften fallen.

6. Wir streben Ergebnisse an, die voll und ganz im Einklang mit unseren lokalen und regionalen Zuständigkeiten stehen, insbesondere der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, der Unterstützung für die lokale Wirtschaft und Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und sozialen Resilienz. Die Nutzung regionaler, nationaler und europäischer Ressourcen sowie grenzübergreifende Zusammenarbeit führen dabei zu einem stärkeren und besser funktionierenden Binnenmarkt.

Wir sind überzeugt, dass das Regieren auf mehreren Ebenen eine rascher spürbare Erholung für Europa ermöglicht, die sich in der Realwirtschaft niederschlägt und auch für die Bürgerinnen und Bürger greifbar wird und dazu beiträgt, soziale Resilienz herzustellen und zu festigen.

Stärkung des Hauses der europäischen Demokratie

7. Wir warnen davor, dass Konzepte ohne bedachte, abgestimmte und konsequente Koordinierung aller Regierungs- und Verwaltungsebenen bei der Gestaltung, Umsetzung und Bewertung der Maßnahmen deren Wirksamkeit schwächen. Wir fordern die Partner im Rahmen des Regierungssystems erneut auf, im Geiste der Stärke aus Einheit und Vielfalt ihre Kräfte mit den regionalen und lokalen Entscheidungsträgern zu vereinen und damit das Vertrauen in die Demokratie wieder zu stärken.
8. Die Städte und Regionen müssen gerechten, rechtzeitigen und ausreichenden Zugang zu den Ressourcen haben. So können wir die Grundlagen eines effektiven und transparenten Regierens und eine bessere Umsetzung der Regierungspolitik miteinander in Einklang bringen und schließlich wirklich etwas für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Unternehmen bewirken.
9. **Wir dürfen die aktuellen und einmalig günstigen Rahmenbedingungen nicht ungenutzt lassen, da sich die Blicke in historischer Weise auf die Zukunft Europas richten und es darum geht, unser Sozial- und Wirtschaftsmodell durch die Umstellung auf eine stärker kreislauforientierte, nachhaltige und digitale Weise von Produktion und Verbrauch zukunftssicher zu machen, zumal sich die politische und strategische Ausrichtung der EU nun zu Recht von der Strategie auf die Umsetzung verlagert.**
10. Lassen Sie uns auf unseren Stärken aufbauen und sie zu unserem Vorteil nutzen, um asymmetrische Herausforderungen anzugehen, die keine formalen Grenzen zwischen der europäischen, der nationalen, der regionalen und der lokalen Ebene kennen.

Wir rufen allen Akteuren eindringlich ins Bewusstsein, dass wir durch eine engere Partnerschaft mit und zwischen den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die immer wieder hervorragende Beispiele innovativer Steuerungsinstrumente entwickeln, Maßnahmen mit Mehrwert besser konzipieren und umsetzen können.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit, betonen jedoch, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nicht für Bedenken einzelstaatlicher Regierungen bestraft werden dürfen.